

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich 2,31 Milliarden Reichsmark; Ausland 4,00 Milliarden Reichsmark. Einzelhefte 100 Reichsmark. Einzelhefte 100 Reichsmark. Einzelhefte 100 Reichsmark.

Anzeigen-Tagespreis: Grundgebühr für Gesamtanzeigen 100 Reichsmark. Grundgebühr für Gesamtanzeigen 100 Reichsmark. Grundgebühr für Gesamtanzeigen 100 Reichsmark.

Nr. 271

Verantwortlich für den Text: **Georg Meißner**, Leipzig. Verantwortlich für Anzeigen: **Carl Meißner**, Leipzig. Verlags- und Druckerei: **Leipziger Verlags- und Druckerei G. m. b. H.**

Donnerstag, den 15. November 1923

Berliner Schriftleitung: **Richard 21** (Berlinerstr. 21) (Berlinerstr. 21) (Berlinerstr. 21). Dresdener Schriftleitung: **Richard 21** (Berlinerstr. 21) (Berlinerstr. 21) (Berlinerstr. 21).

117. Jahrg.

England und Frankreich

14. November.

L. G. Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß wie rasch einer entscheidenden Wendung in der europäischen Politik entgegenzugehen Neben den Merkmalen einer beschleunigten Entwicklung, die in unserem gestrigen Leitartikel berührt wurden, sind heute bereits weitere Vorgänge zu erwähnen, in denen sich wichtige Entscheidungen anbahnen. Von hoher Bedeutung ist da vor allem die nunmehr offizielle Tatsache der bevorstehenden Neuwahlen in England. An sich ist es zwar nichts Ungewöhnliches, daß ein englisches Parlament aufgelöst wird, lange bevor die verfassungsmäßige Frist abgelaufen ist. Im Gegenteil ist es im englischen Parlamentarismus die Regel, daß die Lebensdauer des Unterhauses sich nicht an die gesetzlich abgesteckten Grenzen hält, sondern in dem Augenblick zu Ende geht, wo irgend ein neues, die Grundfragen des Staatslebens betreffendes Problem aufsteht. Eben durch solche Gewohnheit hat der Parlamentarismus in England, der älteste in Europa, jene bemerkenswerte Frische und Reinheit bewahrt, deren Anzeichen in der stets vollkommenen Uebereinstimmung zwischen Volk und Volksvertretung zu finden ist, — während in anderen Ländern überalterte Parlamente die Fühlung mit der Nation zu verlieren und zu volksfremden Konventionen auszuweichen drohen.

Da. Graß der Entscheidung, die der englische Wähler treffen zu müssen hat, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Denn von ihr wird nicht Großbritannien allein die bevorstehenden künftigen Wirtschaftslebens empfangen. Vielmehr gibt es kaum ein Land in der Welt, das nicht irgendwo von dem Schicksal berührt würde, den die englische Wählerstimme in dem Streit zwischen Freihandel und Schutzpolitik zu treffen haben wird. Es ist unendlich, hier auf die vielfältigen Probleme einzugehen, um die es sich dabei handelt. Doch daß die Art ihrer Lösung auch für uns von der allergrößten Bedeutung sein wird, bedarf kaum eines besonderen Nachweises, denn jedem ist wohl eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und damit auch politischen Erwägungen gegenwärtig, die unser Interesse für das von der englischen Bürgerstimme zu fällende Urteil zu erwecken geeignet sind.

Nicht minder wichtig ist die hauptsächlichste Plattform der kommenden englischen Wahlen für Frankreich, das von einer grundlegenden Veränderung in der britischen Handelspolitik die gewichtigsten Folgen für seine eigene wirtschaftlich-politische Lage zu erwarten hätte. Und vielleicht geschieht es bereits in solcher Voraussetzung, wenn die französische Politik, die man in der letzten Zeit eher zu einer Verschleppungspolitik in der die Lösung des Reparationsproblems betreffenden Fragen geneigt sah, nunmehr solche Entschlüsse, eine ihr genehme Entscheidung in der Frage der Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit herbeizuführen. Man kann es verstehen, daß die französische Diplomatie, von einer radikalen und schon durch die Weltfaktoren ihrer mühsamen Folgen bedroht, in aller Eile zwischen Frankreich und den Nachbarn jenseits des Kanals strittigen Fragen zu schaffen bestrebt ist. Doch kann es uns keineswegs obliegen, solcher Vermählung an die Hand zu gehen. Ueber den feindseligen Willen Frankreichs, dem im Schöße der auf seine Anregung zu neuerlichem Urteil über Deutschlands Zahlungsfähigkeit berufenen Reparationskommission so ziemlich unumschränkte Macht geschenkt ist, sind wir nur allzu sicher unterrichtet. Die englischen Wahlen dagegen sind das Ungewisse, von dem wir somit irgendeinen Vorteil für unsere Angelegenheiten erwarten dürfen. Es erhebt daher für den Augenblick als die klare, wenn auch beschwerliche Aufgabe unserer Außenpolitik, die Auswirkungen der französischen Feindseligkeit hinzuzurechnen, bis die englischen Wahlen uns vielleicht eine Erleichterung unserer Lage bringen. Daß damit zugleich auch eine Richtlinie unserer inneren Politik gegeben ist, liegt für jeden auf der Hand, der sich auch nur die geringste Idee von den Anforderungen zu machen vermag, die von dem uns freundlich gesinnten Teil der außer-europäischen Welt an unsere innere Zustände gestellt werden.

Die Münchner Geistesföderung

Fortdauernd zweideutige Haltung Rahrs

Von unserem nach München entsandten Redaktionsmitglied

M. W. München, 14. November. (Eig. Tel.)

Die Wogen der Erregung ebbten allmählich wieder ab. General Ludendorff hat öffentlich erklärt, daß er sich wieder in Schuchhaft begeben, hat aber bis jetzt diese Ankündigung nicht wahr gemacht. Hitlers Aufenthalt ist unbekannt, auf keinen Fall aber dürfte er in München sein. Gestern wurden Handzettel verbreitet mit einer Aufforderung Hitlers, einig zu sein, denn er komme bald wieder. Die unmittelbaren Anhänger Hitlers sind meistens siebzehn- bis zwanzigjährige Burschen, die sich viel einbilden, wenn sie nur eine Uniform tragen und eine alte Felleisackel vorweisen können; ob sie damit wirklich schiefen können, ist nebensächlich, Tatsache ist, daß von den Mitgliedern des Bundes Reichsflügel, die am Freitag das Wehrkommando verteilten wollten, ein großer Teil nicht einmal ein Militärwörterbuch lesen konnte. Die Reichsflügel in München zählt ungefähr vierhundert Mitglieder. Wenn man jetzt zu diesen Leuten spricht, dann erzählen sie von Beweismitteln, Hitler habe ein wohl-ausgebildetes und schwerbewaffnetes Heer von mindestens 300.000 Mann unter sich. Das Schlimme an dieser Großsprechererei ist, daß der Unfug ansteht.

Jetzt wäre es leicht möglich, der Verheerung der Münchner Bevölkerung für immer ein Ende zu machen; aber Rahrs ist nicht gewillt, gegen die Hochverräter und ihren Anhang durchzugreifen. Hitler-Leute gehen auch jetzt noch an öffentlichen Plätzen in Uniform durch die Stadt. Gegen die Verherrlichung der Uniformen sind die Professoren in unerschütterlicher Weisheit beständig, wird nicht etwa mit einem Verbot der nationalsozialistischen Verbindungen, sondern nur durch Schließung der Universität vorgegangen. Ueberhaupt ist die Auflösung der Hitler-Organisationen nur als eine vorübergehende Maßnahme anzusehen.

Man hört immer nur davon reden, daß Vaterländische gegen Vaterländische gefandten seien, aber niemals davon, daß der Staat gegen Rebellen eingeschritten sei. Rahrs gibt sich alle Mühe, ausgesprochen deutschnationale Politik zu treiben, um auf diese Weise die Bevölkerung an sich zu ziehen. Kein einziges demokratisches oder sozialdemokratisches Blatt ist bei dem Zeitungshändlern zu kaufen; das „radikalste“ Organ, das hier feilgeboten wird, ist die — „Deutsche Allgemeine Zeitung“.

Die bayerische Regierung ist von Rahrs vollständig mattgesetzt. Das Kabinett Anklage wird ohne Hilfe des Reiches sich niemals nicht gegen Rahrs durchsetzen können.

Seine hatte ich Gelegenheit, die Redaktionsräume

der „Münchener Post“ zu besichtigen. Dort haben die Nationalsozialisten wie Bandalen gehaust. Auf den Gängen und in den Zimmern ist kein einziges Fenster unversehrt geblieben. Mehrere hundert Scheiben wurden zertrümmert. Kein Lampenschirm und keine elektrische Birne ist der Zerstörungswut der Hitler-Leute entgangen. Geschlossene Türen wurden mit dem Gewehrstoß eingeschlagen. Sogar das Glas in der Thermosflasche und der Regenschirm der Redaktionssekretärin wurden zertrümmert.

Bürgermeister Schmid befragte mich, daß er und die sozialdemokratischen Stadträte am Freitag mit von etwa fünfzig Nationalsozialisten mit aufgezogenem Bajonett aus der Stadtkassenschatz herausgezerrt, und daß sie als Geiseln nach dem „Münchener Kind-Keller“ gebracht wurden. Er wurde ihnen erklärt, sie würden erschossen, wenn sie nur ein Wort miteinander redeten oder wenn einer von den Hitler-Leuten flüchten sollte. Später kam ein Befehl, sie sollten nicht erschossen werden, weil sie keine Augen werten seien; sie sollten erschlagen und erschossen und getreten werden. Das ist wohl eines der trefflichsten Beispiele für die Brutalität, deren die von Hitler verheerten Leute fähig sind! Der Münchner Pöbel, der einst Eisener zugehört hat, stand in den vergangenen Unruhen vollständig auf Hitlers. Bürgermeister Schmid erklärte, daß er am Dienstag bei dem Abtransport von hysterischen Weibern geistig worden wäre, wenn ihn nicht die Hitler-Leute schnell auf ein Auto gebracht hätten; immerhin wurde er von den tobenden Weibern über und über vollgeschlagen.

Die Münchner Bevölkerung hätte eigentlich am wenigsten Grund, über die Teuerung empört zu sein, denn in München sind die Lebensmittel-, insbesondere die Fleischpreise, sehr viel niedriger als in Leipzig. Ein Pfund Fleisch kostete gestern 100 bis 150 Milliarden; heute beträgt der Preis vielleicht 200 Milliarden, während ein Ei 25 bis 30 Milliarden kostet. Auch die Erwerbslosigkeit ist in Bayern nicht so groß wie in Preußen.

Finanzielle Reichshilfe für Bayern

München, 14. November. (Eig. Tel.)

334,8 Millionen Mark wurden vom Reich dem bayerischen Landwirtschaftsminister zum Verbilligung von Brot und Milch für Kinderbewirtschafter und kinderreiche Familien überwiesen. Zwei Anträge der Berliner bayerischen Gewandtschaft brachten die Weider in Dollarschulden anweisungen hierher. Die Verteilung an Städte und Gemeinden erfolgt sofort.

Der Aufmarsch zu den englischen Wahlen

Der Bund von Asquith und Lloyd George

London, 14. November. (Eig. Tel.) Der Premierminister wird am Donnerstag bei der Verhandlung des Vertrauensvotums der Arbeiterpartei im Unterhause seine Schutzpolitik näher erläutern. Die konservativen Blätter warnen dringend davor, bei dieser Gelegenheit sich in Einzelheiten zu verlieren. Es kommt nur darauf an, der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen, daß die konservative Partei von dem Versprechen, das Bonar Law abgegeben habe, entbunden werden könne, wozu keine Änderungen im Dienste des Zoll- und Steuerwesens vorgenommen werden dürfen. Das Kabinett hat inzwischen die Vorschläge zur Unterstützung der Landwirtschaft fertiggestellt. Danach soll jeder englische Landwirt ein Pfund für jeden mit Getreide und Hackfrüchten befallenen Morgen erhalten.

Die näheren Umstände und die Abmachungen, die der liberalen Verköndigung zugrunde liegen, sind bis jetzt noch in Dunkel gehüllt. Aus den parlamentarischen Berathungen geht hervor, daß die beiden liberalen Gruppen ihre Wahlzentralen in London und ihre Wahlbüros in den Provinzen zusammengelassen haben. Während des Wahlsieges werden Asquith und Lloyd George als Führer der liberalen Koalition auftreten. Ein konservatives Blatt drückt diese unklare Lage mit dem geflügelten Wort aus: „Asquith ist Führer de jure, Lloyd George ist der Führer de facto.“ Das gemeinsame Aktionsprogramm der liberalen Gruppe wird am Freitag veröffentlicht werden.

Lloyd George hat gestern in einer Versammlung erklärt, daß in das Programm mehr aufgenommen werden müßte als nur ein Bekenntnis zum Freihandel. Umfassende Vorschläge für Sozial- und Steuerreformen seien unbedingt erforderlich. Die liberale Presse richtet weiterhin ihre Kritik dagegen, daß die Wahlen in so kurzer Zeit stattfinden sollen. Ein Blatt weist darauf hin, daß es erst in monatelanger Kritik gelungen sei, die Schwäche von Joe Chamberlain im Jahre 1906 zu verdeutlichen. Alles, was die Partei bräuche, sei Zeit, um Neben gegen Baldwin's Pläne halten zu können.

Die Verantwortung der Besatzungsmächte

Paris, 14. November. (Eig. Tel.)

Der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien“ will aus parlamentarischen Kreisen Einzelheiten über die zukünftige Haltung der Reichsregierung in der Reparationsfrage erfahren haben. Danach

will die Reichsregierung, nachdem die Möglichkeit einer Sachverständigenberatung zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit auf absehbare Zeit geschwunden ist, beschließen, in den nächsten Tagen die besetzten Gebiete als von den deutschen Behörden ausgegeben zu bezeichnen und sie der Sorge und Verantwortung der Besatzungsmächte überlassen. Deshalb werden am 15. oder 20. November alle Zahlungen sowohl an die Alliierten als auch an die deutsche Bevölkerung eingestellt werden. Gleichzeitig würde die Reichsregierung den Versailler Vertrag als hinfallen erklären, da Frankreich und Belgien ihn verlegt hätten. In Köln werden in den nächsten Tagen eine Konferenz der Reichsbehörden mit den Behörden aus den besetzten Gebieten stattfinden, in der das Vorgehen der Behörden im besetzten Gebiet festgelegt werden solle. Die Haltung der sozialistischen Kreise, so führt der Korrespondent fort, scheint zu zweifeln, daß die Regierung die Politik des Bundes beschleunige.

Koblenz, 13. November. Die interalliierte Kommission empfing gestern eine Abordnung des Rheinischen Provinzialparlamentes, die aus folgenden Herren bestand: Landeshauptmann Dr. Horion (Düsseldorf), Richter v. Ritter (Krefeld), Justizrat Kaiser (Ahn) und Rechtsanwalt Lorenz (Koblenz). Die Abordnung brachte folgende Punkte zur Sprache: die separatistische Bewegung, die Ausweisungen, die Ankerfrist für die Gefangenen, die Frage der politischen Freiheit und des Versammlungsrechts, die Besatzungslasten, die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeit der Lebensmittellieferung. Die interalliierte Kommission erklärte zu dem ersten Punkte, daß diese allgemeine politische Frage durch sie nicht mit Vertretern des Provinzialparlamentes erörtert werden könne. Zu dem zweiten und dritten Punkte erklärte die Kommission, daß sie sich vorbehaltlich der angeforderten Fragen mit Wohlwollen zu prüfen in einem Maße, wie es die tatsächlichen Verhältnisse der Lebensmittellieferung zulasse. Zur Frage der Geldbeschlagnahme wurde erklärt, daß die Frage jetzt geregelt sei, nachdem die Reichsverwaltung die Geldzahlungen an die Kommunen wieder aufgenommen habe und die Armeen infolgedessen darauf verzichtet hätten, Geld zu beschlagnahmen. Zu dem letzten Punkte erklärte die Kommission, daß die alliierten Behörden ihrerseits alles tun würden, um die dargelegte Lage zu bessern; sie rechnen darauf, daß die deutschen Behörden dabei in jeder Weise mitwirken würden.

Der niederträchtige Plan weiterer „Sanktionen“

Paris, 14. November. (Eig. Tel.) Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine anscheinend von offizieller Stelle ausgehende Notiz, in der es heißt: Man weiß, daß in der gestrigen Sitzung der Sozialistenkonferenz Herr Jules Cambon die Aufmerksamkeit auf die letzten Antworten der deutschen Regierung über die Rückkehr des deutschen Kronprinzen und die Wiederaufnahme der Militärkontrolle gelenkt und verlangt hat, daß interalliierte Sanktionen beschlossen werden sollten, z. B. Besetzung von deutschen Geschäftswesen wie etwa Hamburg; der Name Hamburg wurde aber nicht genannt. Frankreich behält sich jedoch das Recht vor, für den Fall, daß keine interalliierten Sanktionen er-

Dollarparitäten an Auslandsbörsen am 14. November.

Auf Mark umgerechnet kostete 1 Dollar in London 2076 Milliarden Mark, in Zürich 3230 Milliarden Mark, in Amsterdam 4008 Milliarden Mark, in New York (Börse) 4545 Milliarden Mark.

Dollar in Berlin amtlich. Mittelkurs: 1260 Milliarden

1 Goldmark: 299,25 Milliarden Geld 290,75 Milliarden Brief Goldank 1.60 Milliarden Dollarschatzanweisungen - Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

Sonderkabel Geldkurse der Vorwoche

Vorwoche	Parität in Milliarden	Vorwoche	Parität in Milliarden
Berlin	14	Amsterdam	17,65
London	2,2	Frankfurt	288,25
Paris	435,87	St. Petersburg	1711/4
Moskau	434,72	Konstantinopel	1320
Zürich	17,86	Charkow	—